

**Niederschrift über die
Sitzung des Kreistags am 21.10.2019**

Ort: in der Staufenhalle Plüderhausen, Am Marktplatz 10 in 73655 Plüderhausen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Dr. Sigel

84 Kreisrätinnen und Kreisräte:

Entschuldigt:

Kölz, Dr. von Pollern	(CDU)
Wiedmann	(Freie Wähler)
Messinger	(Grüne)
Bauer, Berger	(SPD)
Auer	(FDP-FW)

Ferner:

Erster Landesbeamter Dr. Zaar

Finanzdezernent Schäfer

Verkehrsdezernent Hein

Dezernent Holzwarth

Sozialdezernentin Böhm

Leitende Beamte und Angestellte
des Landkreises

Der Schriftführer: Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der öffentlichen Sitzung 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung 15:50 Uhr

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 21.10.2019

Seite 2

Öffentlich

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Landrat Dr. Sigel darauf hin, dass er den Top 7 „Änderung des Namens der Fachstelle für Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention“ nach Absprache mit der AfD-Fraktion von der Tagesordnung abgesetzt habe, da aktuelle Themen und auch die Namensgebung zunächst im Fachbeirat diskutiert werden sollen.

Kreisrat Throm erklärt zur Geschäftsordnung, dass man den Antrag zurückgenommen habe, um im Fachbeirat eine Lösung zu erreichen. Falls dies nicht gelinge, werde man zu gegebener Zeit auf diesen zurückkommen.

§ 1

Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2020

Drucksache 2019/028

Landrat Dr. Sigel bringt den Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans des Rems-Murr-Kreises für das Jahr 2020 ein und legt dar:

„Sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte,
sehr geehrte Pressevertreter, sehr geehrte Gäste,

heute bringe ich bereits meinen fünften Haushalt ein. Ich würde deshalb schon von ‘Routine’ sprechen, wäre nicht doch vieles neu. Der Kreistag ist neu: Rund ein Drittel von Ihnen ist frisch gewählt. Unser Kreiskämmerer ist neu: Peter Schäfer debütiert mit diesem Haushaltsplan.

Und nicht zuletzt: Das Format ist ein Novum. Aus diesem 5 cm dicken Buch ist eine elektronische Datei geworden. Letzteres spiegelt zwei Schwerpunktthemen unseres diesjährigen Haushalts wieder: Digitalisierung und Klimaschutz. Dass wir bei Digitalisierung und Klimaschutz innovativ sind, haben unsere Azubis jüngst nochmal bewiesen. Sie zählen zu Deutschlands besten ‘Klima- und Energie-scouts’. Deshalb werden sie im November in Berlin für ihre Ideen vom Bundesumweltministerium ausgezeichnet.

Aber zurück zum Haushalt 2020: Wenn vieles neu ist, braucht es zunächst eine Findungsphase.

Wenn wir miteinander Zukunft gestalten möchten, müssen wir uns über Themen und Visionen austauschen. Denn was wir sehen, hängt oftmals davon ab, wonach wir suchen. Mir war deshalb wichtig, schnell mit Ihnen in einen Austausch zu treten. Der 'Markt der Möglichkeiten' im Rahmen der Konstituierung des Kreistags sollte dafür einen Rahmen schaffen. Das Format sollte den 'Neugewählten' den schnellen Einstieg in die vielschichtigen Themen erleichtern. Der 'Markt der Möglichkeiten' sollte aber vor allem auch Plattform sein. Ein Format, um Sie, Ihre Themen, Ihre Schwerpunkte und Ihre Visionen kennenzulernen. Mir ist wichtig, gemeinsam mit Ihnen vorzuschauen und strategisch zu planen. Denn nur wer vorausschaut, kann langfristig voraus sein. Dies habe ich immer wieder betont. Und dies ist in Zeiten, in denen vieles unsicher scheint, vor allem auch weltpolitisch, richtiger denn je.

Weltpolitik

Europa bröckelt: Dies wird auch Frau von der Leyen als neue Präsidentin der EU-Kommission nicht von heute auf morgen ändern. Amerika wackelt: Die Außenpolitik der USA hat sich verändert. Beim G7-Gipfel sind gemeinsame Erklärungen und Positionen leider nicht mehr selbstverständlich. Und innenpolitisch sind die USA ein Jahr vor der Präsidentenwahl mehr denn je zerstritten.

Der Nahe Osten brodelte: Der Iran liefert sich mit den USA und Saudi-Arabien Machtspiele. Die Türkei marschiert in Syrien ein, Saudi-Arabien liefert sich Machtspiele und was dies für die Flüchtlingsströme bedeuten könnte, wissen wir heute noch nicht.

Afrika ist und bleibt instabil, bedauerlicherweise ändert sich auch da wenig. Für uns steigt die Gefahr einer Rezession. Die Konjunkturampel steht erstmals seit Jahren wieder auf 'rot'.

Miteinander

Es kommt in solchen unruhigen Zeiten darauf an, dass wir umsichtig sind, dass wir versuchen Dinge vorzusehen und Risiken erkennen. Wir müssen Ideen entwickeln, um gegenzusteuern.

Ich bin überzeugt, dass es insbesondere auf das 'Miteinander' ankommt. Wir müssen vor allem auf kommunaler Ebene an einem Strang ziehen. Wir dürfen uns nicht nur mit uns selbst beschäftigen. Das 'Miteinander' habe ich deshalb bei der Konstituierung des Kreistags unterstrichen. Mich freut, dass 'Miteinander' im Rems-Murr-Kreis inzwischen großgeschrieben wird.

Die Heimattage in Winnenden - sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Holzwarth, lieber Herr Bürgermeister Sailer - standen gar unter dem Motto 'Miteinander'. Und jeder der nach Winnenden kam, spürte das sofort: Winnenden strahlte, Winnenden strahlte aus und selbst der Regen konnte dem Erfolg mancher Veranstaltung keinen Abbruch tun.

Die Strahlkraft dieser Heimattage hat offensichtlich auch Backnang erreicht. Jedenfalls berichtete die Geschäftsführerin des ZfP, dass Sie auf die Frage nach 'Was ist Heimat' als Antwort bekam: 'Backnang'. Das darf Backnang, das darf Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Nopper, freuen. Mich hat angenehm überrascht, dass Sie sich bei der Konstituierung des Kreistags in Backnang für einen 'Rems-Murr-Spirit' stark gemacht haben.

Und auch Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Klopfer, haben gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen im Remstal eindrucksvoll gezeigt: Erfolgreich ist man 'Miteinander'. Eine Erkenntnis, die auch die Gemeinden im Schwäbischen Wald eint, nicht nur in Sachen Tourismus.

Rückblick – Wo kommen wir her

Ich behaupte, der Erfolg eines guten 'Miteinander' ist auch beim Landkreis abzulesen. Nur einige wenige Schlaglichter belegen dies:

- Gemeinsam haben wir für unsere Rems-Murr-Kliniken ein tragfähiges Medizinkonzept erarbeitet. Das jährliche Defizit haben wir nahezu halbiert.
- Gemeinsam haben wir große Investitionspakete geschnürt, für Straßen, für Radwege und für bezahlbaren Wohnraum.
- Gemeinsam haben wir konsolidiert und Rücklagen für die geplanten Investitionen angespart.
- Gemeinsam haben wir ein Klimaschutzhandlungsprogramm auf den Weg gebracht, welches das 'Mitmachen', das 'Miteinander' in den Mittelpunkt stellt.

Bei dieser Erfolgsbilanz möchte ich nicht unterschlagen, dass die Rahmenbedingungen in den letzten Jahren sehr gut waren. Dies hat maßgeblich dazu beigetragen, dass wir - nicht nur - konsolidieren und investieren konnten. Wir haben die Kreisumlage kontinuierlich und letztes Jahr sogar auf ein neues Rekordtief gesenkt.

Kreisumlage

Damit wäre ich bereits bei der Kernfrage jeder Haushaltsrede, nämlich bei der Frage: Wie hoch soll die Kreisumlage 2020 sein? Mit der Antwort möchte ich sie nicht lange auf die Folter spannen. Auch wenn sich die 'Autoregion Stuttgart' für grundlegende strukturelle Veränderungen rüsten muss: Die Rahmenbedingungen sind zumindest - noch - gut. Ich schlage deshalb vor, dass wir die Kreisumlage senken. Ich glaube, es war kein Geheimnis – wir sind ursprünglich mit einem Prozent Senkung gestartet. Wir haben dann nochmals nachsteuern können wegen Verbesserungen hin zu 1,5 Prozentpunkten auf 32,5 Prozentpunkte. Mit diesem Hebesatz unterbieten wir das Rekordtief vom letzten Jahr. Wir erreichen zwar Sphären von 1996 nicht mehr aber, und das freut vermutlich die Kommunen, ich kann heute nochmal eine 'Schippe drauflegen'. Wir haben am Freitag nochmal Verbesserungen erreicht und wir schlagen eine weitere Senkung vor auf 32,3 Prozentpunkte. Das heißt auch, dass 90 % der gestiegenen Steuerkraft bei den Städten und Gemeinde bleiben.

Ob wir mit diesem Hebesatz einen Vorschlag machen, der die Zustimmung des Kreistags findet, werden die Haushaltsberatungen zeigen. Gleiches gilt für unseren Vorschlag für eine neue Finanzierungsleitlinie, den Ihnen Herr Schäfer vorstellen wird.

Ich meine es hat sich ausgezahlt, dass wir in den letzten Jahren nicht mehr um Zehntel bei der Kreisumlage gefeilscht haben, sondern den Fokus auf große Themen und gemeinsam Schwerpunkte festgelegt haben. Wir haben dies ja auch beim Markt der Möglichkeiten nochmals herausgearbeitet.

Gesundheitsversorgung

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesem Sinne haben Sie die Themen und Schwerpunkte, die Ihnen als Kreistag wichtig sind, bei der Kommunalwahl. Ganz oben und unumstritten in allen Fraktionen ist, dass die gesundheitliche Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger und die Rems-Murr-Kliniken höchste Priorität genießen.

Rems-Murr-Kliniken

Ein Thema, das uns vor vier Jahren, als ich das Amt des Landrats übernommen habe, noch wie ein unüberwindbarer Berg erschien. Mit zusätzlichen Planbetten und der Nachförderung in Höhe von rund 11 Mio. Euro, haben wir dieses Jahr ein erstes großes Ziel erreicht. Wir haben dieses Ziel erreicht, weil die Medizinkonzeption, die gemeinsam erarbeitet haben trägt, weil wir sie konsequent umsetzen und ich glaube, dass wir damit dann auch in den kommenden Jahren die Zukunft der Rems-Murr-Kliniken weiter gestalten und zukunftsfest machen können.

Das Thema Pflege wird dabei eine wichtige Rolle spielen. Wir müssen möglicherweise aber auch bei Medizinischen Versorgungszentren neue Wege gehen. Die Übernahme eines Arztsitzes in Schorndorf durch das Klinikum Stuttgart können wir nicht widerspruchslos akzeptieren und tatenlos zusehen. Im Gegenteil, dies gibt Anlass darüber - gemeinsam mit der Ärzteschaft und den Städten und Gemeinden - nachzudenken. Zukunftsfest machen bedeutet aber vor allem: Wir müssen sowohl am Rems-Murr-Klinikum Winnenden als auch in Schorndorf stetig in die Zukunftsfähigkeit investieren. Dazu zählen auch die Parkplätze in Winnenden, die ganz oben auf der Agenda stehen. So paradox das klingt: Wir müssen Geld in die Hand nehmen, um Geld zu sparen.

Wichtig für den Kreishaushalt ist: Der Defizitausgleich und damit die Belastung des Kreishaushalts darf - trotz der Investitionen in die Kliniken - nicht erneut steigen. Denn letztlich ist der Erfolg, den wir bei den Kliniken haben, auch an der Höhe der Kreisumlage ablesbar. Dies ist realistisch. Stand heute gibt es keine Anzeichen, dass wir die mit der Medizinkonzeption gesteckten Ziele nicht erreichen. Allerdings dürfen wir bei unseren Anstrengungen nicht nachlassen und Kurs halten. Risiken für die Rems-Murr-Kliniken durch gesundheitspolitische Gesetzgebung des Bundes können uns immer einen Strich durch die Rechnung machen. Ein aktuelles Beispiel ist der Entwurf des Pflegepersonal-Stärkungsgesetzes. Dieses Gesetz könnte dazu führen, dass unsere Personalkosten für die Pflege – so wie wir sie verstehen – nicht mehr komplett refinanziert werden. Dieses könnte mit einem Millionenbetrag zu Buche schlagen. Ein Risiko, das wir noch nicht eingepreist hatten. Aufgrund von Verbesserungen konnten wir aber inzwischen noch nachsteuern. Aber, ich hoffe trotzdem auf Einsicht des Gesetzgebers.

Sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte, auf einer Klausurtagung im März nächsten Jahres möchte ich mir mit Ihnen die Zeit nehmen, die Weiterentwicklung der Rems-Murr-Kliniken umfassend zu diskutieren. Sie werden danach entscheiden, mit welchen Bausteinen wir die Medizinversorgung im Rems-Murr-Kreis zukunftsfähig machen.

Notfallversorgung

Aber nicht nur in die Kliniken müssen wir investieren. Mit einem Maßnahmenpaket, das der zuständige Bereichsausschuss bereits beschlossen hat, wollen wir auch die Notfallversorgung deutlich verbessern. Dies verursacht ab dem kommenden Jahr Mehrkosten in Höhe von rund eine Million Euro, für zusätzliche Rettungswagen, zusätzliche Sanitäter, zusätzliche Notärzte und Verbesserungen der Leitstelle.

Klimaschutz

Neben der Gesundheitsversorgung wird uns auch der Klimaschutz fordern und auch fordern müssen. Wir setzen mit 'Klimaschutz zum Mitmachen' schon auf den richtigen Weg. Viele Themen aus dem 'Klimaschutzprogramm 2030' der Bundesregierung haben wir längst auf der Agenda. Ich denke da an: Bauen mit Holz, Wohnen, den Umstieg auf Elektrofahrzeuge, attraktiver öffentlicher Nahverkehr uvm. Aber wir müssen konkreter werden. Das bisher für den gesamten Rems-Murr-Kreis formulierte Ziel, bis 2050 klimaneutral zu sein, ist 'wachsweich'.

Ich schlage daher heute zwei ganz konkrete Ziele vor:

- Erstens, die Landkreisverwaltung, die Kreisbaugruppe und die AWRM sollen bis spätestens 2030 weitgehend CO₂-neutral arbeiten und
- zweitens, wir streben bis spätestens 2030 für die Landkreisverwaltung, die Kreisbaugruppe und die AWRM einen CO₂-neutralen Immobilienbestand in der Gesamtbetrachtung an.

Ich halte diese Ziele auch für realistisch. Die Investitionen im Zuge der Gesamtimmobilienkonzeption werden große Wirkung entfalten. Wir investieren daher im Ergebnis nicht nur Millionenbeträge in unsere Gebäude. Wir investieren Millionenbeträge in die Zukunft, in Köpfe und vor allem in den Klimaschutz.

Infrastruktur

Wer sich ehrgeizige Ziele beim Klimaschutz setzt, wird nicht umhinkommen, Mobilität neu zu denken. Wir müssen in eine gute Infrastruktur in der Fläche investieren. Ein Themenkomplex, dessen Stellenwert Sie beim 'Markt der Möglichkeiten' besonders unterstrichen haben.

ÖPNV

Mit der millionenschweren Tarifzonenreform im VVS wurden gänzlich neue und attraktive Rahmenbedingungen geschaffen. Die Tarifzonenreform im VVS zeigt bereits im ersten Jahr Wirkung. Wir verzeichnen fast im zweistelligen Prozentbereich Fahrgastzuwächse bei den Abonnenten. Ob das ausreicht, um auch im kommenden Jahr ein Null-Runde bei den Fahrpreisen zu erreichen, wird sich zeigen müssen. Ich meine, es wäre eine echte und nachhaltige Investition des Kreises in Klimaschutz, die allerdings dauerhaft finanziert sein will.

Der Steigerung der Verkehrsumlage beim Verband Region Stuttgart stehen ebenfalls erhebliche Verbesserungen für die S-Bahn-Fahrer gegenüber: Die Beschaffung neuer S-Bahnen und die Ausweitung des 15-Minuten-Taktes. Beides wird zusätzliche Fahrgäste bringen, stellt aber auch für den ÖPNV große Herausforderungen dar.

Erfreulich ist, dass den Kostensteigerungen beim Landkreis erhebliche Einsparungen der öffentlichen Kassen gegenüberstehen. Die Neuvergabe der Busverkehre durch den Landkreis erspart beispielsweise der Stadtkasse in Backnang rund 600.000 Euro und in Waiblingen sind es rund 400.000 Euro. Und ich betone: Diese Ersparnis geht nicht zu Lasten der Qualität. Im Gegenteil: In Summe haben wir das Busangebot im Landkreis um 1,2 Millionen Kilometer pro Jahr oder um rund 15 Prozent seit 2015 gesteigert. Gefahren wird nur noch mit Bussen der Euronorm 6.

Mit Blick auf attraktiven ÖPNV und Klimaschutz wird der Kreis in Zukunft bei der Wieslauffalbahn gefordert sein. Wir feiern im kommenden Jahr 25-jähriges Jubiläum. Dieses Jubiläum müssen wir zum Anlass nehmen und die Weichen für das nächste Vierteljahrhundert stellen. Meine Vision ist, dass 'das Wiesel' in einigen Jahren mit Wasserstoff durchs Wieslaufftal rollt. Wenn der Bund ernst macht mit seinen Ankündigungen, seinen Förderprogrammen, dann erscheint so etwas auch finanzierbar.

Radwege

Einiges ins Rollen gebracht haben wir in Sachen Radverkehr. Unser dritter Platz beim deutschen Fahrradpreis unterstreicht dies. Zu Recht, denn Mobilität der Zukunft muss intelligenter, vernetzter und flexibler werden. Und ich glaube, es ist inzwischen unumstritten, auch gerade wegen der Pedelecs, dass das Thema Radfahren ein ganz wichtiger Baustein sein wird. Unsere neue Stabstelle leistet hervorragende Arbeit für ein kreisweites Radwegenetz. Dies geht aber nur Miteinander. Auf die Abstimmung mit den Kommunen legen wir deshalb genauso Wert, wie auf Bürgerbeteiligung über unser Online-Portal. Wir wollen das 'gelbe Trikot'. Deshalb haben wir allein im kommenden Jahr über eine Million für Investitionen in Radwege eingeplant. Ehrgeizige Ziele bei Schnellradwegen sind in unserem Haushaltsplan ebenfalls ablesbar. Wir haben die Planungen für die Rad-schnellwege abgeschlossen und die Förderanträge, vor allem für die Verbindung Fellbach – Schorndorf eingereicht. Trotz Fokus auf die Radwege, haben wir die Menschen, die nachher in die Pedale treten sollen, nicht aus dem Blick verloren. Im Gegenteil: Wir haben uns erfolgreich als Pilotregion der Initiative 'Sicher E-Biken' beworben. Als eine von drei Pilotregionen in Baden-Württemberg können wir so flächendeckend Sicherheitstrainings für E-Biker anbieten.

Mir ist als langjähriger Radsport-Trainer wichtig, dass wir auch die Jüngsten zu 'Radhelden' machen. Wir haben hier nochmal 30.000 Euro für ein Projekt mit dem Württembergischen Radsportverband und dem ADFC eingeplant, um allen Grundschulen im Landkreis einen Radsicherheitstag zu ermöglichen, der Sicherheit und Spaß beim Fahrradfahren vermitteln soll. Uns fehlt zudem ein Verkehrsübungsplatz. Andere Landkreis in der Region sind hier weiter. Gemeinsam mit dem Polizeipräsidium Aalen wollen wir uns daher umgehend auf die Suche nach passenden Flächen machen und einen solchen Übungsplatz zeitnah realisieren. Ich hoffe dabei auf Ihre Unterstützung, denn wir sollten unsere Kinder nur sehr gut vorbereitet mit dem Fahrrad auf die Straßen schicken.

Straßen

Apropos Straßen: Auf den Straßen im Kreis ist erfahrbar, dass wir unseren Etat in den letzten Jahren auf 6 Millionen Euro jährlich verdoppelt haben. Die Investitionen, die wir hier getätigt haben und noch planen, sind für mich ein wichtiger Beitrag für die Infrastruktur und zur Haushaltskonsolidie-

rung. Ich hoffe daher, dass die Bereitstellung dieser Mittel vom Kreistag auch in neuer Besetzung unterstützt und weiter mitfinanzieren wird.

Investitionsprogramm Wohnungsbau

Mitten in der Umsetzung ist das Investitionsprogramm für bezahlbaren Wohnraum. Unsere ehrgeizigen Pläne haben wir kürzlich bei unserem Wohnbaugipfel nochmals unterstrichen. Ich hoffe, dass das Investitionsprogramm auch vom neuen Kreistag unterstützt wird, denn der Landkreis und seine Kreisbaugruppe sind verlässliche Partner bei diesem wichtigen Thema. Diese Verlässlichkeit ist in Backnang abzulesen. Dort hat man nachträglich festgestellt, dass die Jahrzehnte alte Tiefgarage auf dem früheren Klinikareal grundlegend saniert werden muss. Der Landkreis muss dafür tief in die Tasche greifen. Es sind zwei Millionen Euro für 2020 und weitere zwei Millionen Euro für 2021 im Kreis-haushalt eingeplant, damit das innovative Stadtquartier auf dem früheren Klinikareal und das bestehende Gesundheitszentrum funktionieren.

Verschuldung und Rücklage

Angesichts solcher Investitionen in Millionenhöhe gilt erst recht: Wir müssen die Verschuldung im Blick behalten. Das habe ich immer betont, nicht zuletzt bei der Gesamtimmobilienkonzeption für den Standort Waiblingen. In den letzten Jahren haben wir daher unsere Verschuldung im Kernhaushalt mit rund 33 Millionen auf einen Tiefstand reduziert. Dank guter Ergebnisse haben wir auch rund 16 Millionen Euro an Rücklagen gebildet. Das ist eine gute Ausgangsbasis, um dann wieder zu investieren. Ich sehe daher keine Gefahr für unseren Konsolidierungskurs, wenn wir in einer 'Nullzinsphase' investieren. Wichtig ist nur, dass die Investitionen schrittweise und auf Sicht erfolgen. Daran ändert meines Erachtens auch die Verschuldung der Rems-Murr-Kliniken und der Kreisbaugruppe nichts. Die Verschuldung unsere beiden Töchter ist in den Wirtschaftsplänen verlässlich abgebildet und bei der Kreisbaugruppe steht der Verschuldung eine ganze Menge 'Betongold' gegenüber.

Soziales, Jugend und Bildung

Im Gegensatz zu der Sicherheit die Immobilien derzeit bieten, ist und bleibt der Sozialetat immer mit Unsicherheiten behaftet. Ein 'Umbau' im Kreissozialamt steht 2020 bevor. Anlass dafür ist das neue Bundesteilhabegesetz (BTHG). Der Bundesgesetzgeber hat den Menschen mit Behinderung mehr Teilhabe versprochen. Wir sind jetzt gefordert, dieses Versprechen umzusetzen. Das Gesetz

bedeutet mehr Würde, mehr Normalität für Menschen mit Behinderung auf der einen Seite, aber auch mehr Aufwand für alle Beteiligten auf der anderen Seite. Kurz gesagt: Das Ziel begrüße ich, die Umsetzung könnte jedoch ein Bürokratiemonster werden. Die Auswirkungen auf den Kreishaushalt lassen sich derzeit auch noch nicht verlässlich abschätzen. Wichtig ist, dass sie am Ende nicht die kommunalen Haushalte belasten. Das ist ein Bundesgesetz und da müssen die Kosten auch vom Bundesgesetzgeber übernommen werden. Leider haben wir diese Klarheit noch nicht – zumindest gibt es noch keine Einigung in der gemeinsamen Finanzkommission mit dem Land.

Die Kosten in der Jugendhilfe steigen ebenfalls. Offen ist noch die Frage, ob wir im Bereich der Schulsozialarbeit über den Landkreis nochmal 600.000 Euro verteilen müssen. Das Thema wird ja gerade viel diskutiert.

Für unsere Schulen können wir endlich verlässlich planen. Die seit langem geforderten Mittel aus dem 'Digitalpakt' sind jetzt fixiert. In Summe werden wir in den kommenden zweieinhalb Jahren rund 6,1 Millionen Euro in die technische Ausstattung unsere Schulen investieren.

Die Planungen für einen Neubau des Fröbelkindergartens in Schorndorf werden wir ebenfalls im kommenden Jahr konkretisieren. Wir setzen hier auf großzügige Förderzusagen aus dem Schulbau-programm des Landes. Die Umsetzung könnte dann tatsächlich auch zeitnah erfolgen.

Flüchtlinge

Neben den Kosten im Sozialetat sind die Flüchtlingskosten nach wie vor ein Haushaltsrisiko. Der Aufwand für die Unterbringung der Flüchtlinge sinkt zwar deutlich und wir deutlich weniger Personal brauchen. Allerdings ist noch immer unsicher, wie es mit der Spitzabrechnung der Flüchtlingskosten in Zukunft weitergeht. Die Frage, wer die Aufwendungen für geduldete Flüchtlinge in der Anschlussunterbringung übernimmt, ist ebenfalls noch unbeantwortet. Meine Haltung und Forderung war immer klar: Ich erwarte eine Kostenerstattung durch das Land und eine Beibehaltung der Spitzabrechnung, zumindest bis zum Ende der Legislatur. Es wäre eine Enttäuschung und schlicht inakzeptabel, wenn die Landesregierung, wenn der Ministerpräsident seine Zusagen nicht einhält. Es würde für uns ein ungeplantes 'Loch' im Haushalt bedeuten. Bedauerlicherweise haben die Verhandlungen in der Gemeinsamen Finanzkommission nicht zum Durchbruch geführt. Es muss jetzt letztlich politisch im Landtag entschieden werden.

Breitband

Lange und intensiv gerungen wurde um den richtigen Weg in Sachen schnelles Internet. Wir haben auf die Gigabit-Region gemeinsam mit der Deutschen Telekom gesetzt und die hat aus Landkreis-sicht einen ganz entscheidenden Vorteil: Wir müssen als Landkreis nicht, wie ursprünglich geplant, zweistellige Millionenbeträge in den Ausbau eines 'Backbone-Netzes' und damit in 'Doppelstrukturen' investieren. Trotzdem wird es im kommenden Jahr deutlich vorangehen. Die Ziele sind klar definiert, aber es liegt jetzt natürlich auch an den Partnern, vor allem an der Telekom, hier Verlässlichkeit und Vertrauen zu gewinnen.

Personal

Ein großer Posten im Haushalt, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist und bleibt der Personaletat. Aber, politische Ziele und gesetzliche Aufgaben lassen sich nicht ohne gutes Personal umsetzen. Dies gilt in Zeiten des Fachkräftemangels mehr denn je: Wer beim Personal zu viel oder an der falschen Stelle spart, der setzt schnell eine funktionierende Verwaltung aufs Spiel.

Die Herausforderungen sind groß. Eine ganz aktuelle Studie, das 'Nachwuchsbarometer Öffentlicher Dienst 2019' sieht die Kommunen beim Wettbewerb um Nachwuchskräfte 'abgehängt' und das, trotz aller Attraktivität des öffentlichen Dienstes. Um zukunftsfähig zu bleiben, müssen wir daher in unser Personal, in unsere Attraktivität als Arbeitgeber und in die Bindung unserer Mitarbeitenden investieren. Sie haben es vielleicht heute auf der Titelseite der Waiblinger Zeitung gesehen: die Stadt Stuttgart diskutiert jetzt sogar über Zulagen in Höhe von 200 Euro pro Mitarbeiter. Wenn so etwas kommt, bedeutet dies natürlich auch für uns im Landkreis Druck, weil die Menschen hier in der Region wohnen und leben. Aber die gute Nachricht ist: Wir haben im Rems-Murr-Kreis in den zurückliegenden Jahren - mit der Unterstützung und dem Vertrauen des Kreistags - unsere Personalstrategie bereits geändert. Wir setzen auf Digitalisierung, auf moderne Arbeitsplätze und neue Formen des Arbeitens.

Ein solcher Kurswechsel dauert bei über 1.700 Mitarbeitenden seine Zeit. Er wird aber zunehmend sichtbar und spürbar. Ganz konkret konnten wir im vergangenen Jahr deutlich mehr unbesetzte Stellen besetzen, als erwartet. Dies hat allerdings auf der anderen Seite dazu geführt, dass wir unseren Planansatz für die Personalkosten deutlich überschritten haben. Ich räume auch selbstkritisch ein, dass wir dadurch auch den Personaletat überzogen hatten.

Digitalisierung

Wenn wir in Sachen Digitalisierung weiterkommen wollen, brauchen wir Menschen und Phantasie. Digitalisierung lebt aber vor allem von innovativen Ideen, von Begeisterung und der Überzeugung, dass man Dinge verändern und voranbringen kann. Die Transformation der Berufs- und Lebenswelt schreitet rasant voran. Schritt zu halten wird uns aber nur gelingen, wenn wir die Menschen mitnehmen, wenn wir die Chancen aufzeigen und wenn wir Ängste und Sorgen nehmen. Deshalb möchte ich Ihnen zum Ende meiner Haushaltsrede mit Blick auf 'Block chain, Industrie 4.0, künstliche Intelligenz, selbstfahrende Autos und und und...' vorschlagen: Lassen Sie uns Digitalisierung erlebbar machen.

Gemeinsam mit dem Kreismedienzentrum haben wir eine Idee entwickelt. Die Projektskizze ist als Vorlage in Session eingestellt. Wir wollen eine 'mobile Experimentierstation', die Digitalisierung erlebbar macht. Die 'Blaupause' liefert die 'Expedition d' des Landes, die vor wenigen Wochen bereits gestartet ist. Wir wollen Digitalisierung in unseren Schulen, aber auch für viele Bürgerinnen und Bürger, im Landkreis erlebbar machen. Für die Idee konnten wir bereits namhafte Firmen begeistern und die Finanzierung wäre bereits gesichert. Aber, uns ist vor allem auch ihre politische Unterstützung wichtig. Wir können als Verwaltung nur dann Ideen voranbringen und überzeugen, wenn Sie als Kreisräte überzeugt sind.

Schlussworte

In diesem Sinne hoffe ich, dass es nicht mehr allzu viel Überzeugungsarbeit braucht und dass Sie sich in unserem Vorschlag für den Kreishaushalt 2020 wiederfinden. Damit Sie auch die Details im Haushaltsplan finden und das Zahlenwerk richtig interpretieren, gebe ich jetzt an Herr Schäfer weiter. Ihm und seinem gesamten Team mit Frau Kugler, Frau Metzel, Frau Scholze und Frau Maier an der Spitze sowie Frau Bürtsch und Frau Fritz möchte ich aber an dieser Stelle danken.“

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 21.10.2019

Seite 14

Öffentlich

Finanzdezernent Peter Schäfer führt anlässlich der Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2020 aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel,
sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte,
sehr geehrte Gäste und Vertreter der Presse,

es freut mich, dass ich Ihnen heute meinen ersten Haushalt des Rems-Murr-Kreises gemeinsam mit Herrn Landrat Dr. Sigel einbringen und erläutern darf. Vor Ihnen liegt ein umfangreiches Zahlenwerk – der Haushaltsentwurf 2020. Damit Sie vollumfänglich über die finanzwirtschaftliche Lage des Rems-Murr-Kreises informiert sind, legen wir Ihnen heute auch den Rechenschaftsbericht 2018 vor. Den Finanzzwischenbericht 2019 haben wir Ihnen bereits in der VSKA-Sitzung am 30. September 2019 vorgestellt.

Aufgrund der großen – aber zum Zeitpunkt der Drucklegung nicht bekannten – Veränderungen der letzten Tage und Wochen haben wir Ihnen neben dem Haushaltsentwurf aber auch ein erstes Änderungsblatt mit den wesentlichen Änderungen erstellt, insbesondere mit den Auswirkungen aus dem Haushaltserlass. Zudem haben wir eine Vorlage zum Verwaltungsgebäude in der Rötestraße bzgl. der Finanzierung über Kredite der KfW und der L-Bank in Verbindung mit der Verwendung der Rücklagen aus 2018 zur Begrenzung der Gesamtverschuldung erarbeitet. Darüber hinaus legen wir Ihnen heute eine neue beziehungsweise überarbeitete Finanzierungsleitlinie vor.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Haushaltsplan ist immer ein Spiegelbild all dessen was wir tun, welche Aufgaben wir erfüllen und welche Investitionen wir umsetzen wollen. Somit enthält der vorliegende Haushalt keine Überraschungen – vielmehr die entsprechenden finanziellen Auswirkungen dessen, was Ihnen Herr Landrat Dr. Sigel gerade vorgestellt hat.

Bevor aber solch ein Werk fertiggestellt ist, standen wir vor der Herausforderung, sowohl die Themen eines Landkreises (also die Pflichtaufgaben) sowie Ihre Projekte und Wünsche, welche auch speziell durch den neuen Kreistag formuliert wurden, zu sortieren und letztlich auch zu priorisieren,

da nicht nur unsere finanziellen Ressourcen, sondern auch das Personal in unserer Verwaltung mit der Umsetzung der vielen Maßnahmen und Projekte an ihre Grenzen kommen.

Bevor ich auf die Zahlen und Fakten des Haushaltsplanentwurfs 2020 eingehe, lassen Sie uns kurz anschauen, unter welchen Rahmenbedingungen wir in das nächste Haushaltsjahr starten.

Rahmendaten

Die Rahmenbedingungen für die Erstellung des diesjährigen Haushaltsentwurfs waren eher schwierig. Die Finanzverhandlungen der kommunalen Spitzenverbände mit dem Land sind erneut gescheitert. Schon zum zweiten Mal in dieser Legislaturperiode bringt die Landesregierung einen Haushalt in den Landtag von Baden-Württemberg ein, ohne dass zuvor im Rahmen der gemeinsamen Finanzkommission eine Verständigung mit den Kommunen gelungen wäre. Die Interessen der Kommunen bleiben somit im Entwurf des Staatshaushaltsplans erneut an entscheidender Stelle unberücksichtigt.

Auch für die Erstattungen der Nettoaufwendungen für Leistungsbezieher nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in der Anschlussunterbringung hat das Land erneut eine gesetzliche Regelung abgelehnt - die geplante Erstattung ist nicht ausreichend. Weiter lag der Haushalterlass 2020 bei der Erstellung des Entwurfes noch nicht vor, der Entwurf ging erst am 9. Oktober ein, und wurde deshalb von uns ins Änderungsblatt aufgenommen. Erfreulicherweise ging der endgültige Haushalterlass Ende letzter Woche ein und wir können Ihnen heute auch bereits diese Auswirkungen präsentieren.

Zudem sind die möglichen Auswirkungen des Pflegepersonalstärkungsgesetzes bei den Rems-Murr-Kliniken derzeit noch nicht bekannt. Über das erste Änderungsblatt könnten wir für dieses Risiko derzeit aber bis zu 3,0 Mio. Euro vorsorgen – und somit minimieren. Darüber hinaus sind die wirtschaftliche Ausgangslage und die Zukunft im konjunkturellen Umfeld ungewisser denn je.

Schwerpunkte, Ziele und Prämissen

Speziell aus den letztgenannten Gründen war es uns wichtig, die Haushaltskonsolidierung weiter zu verfolgen mit dem Ziel, den Kreisumlagehebesatz möglichst stabil zu halten, wenn möglich senken zu können. Dabei sollte der Absicht der Verteilung der Mehrerträge durch die Erhöhung der Steuer-

kraft-summen im Verhältnis 50/50 Rechnung getragen werden. Aus diesem Grund haben wir für die beeinflussbaren Budgets der Fachämter das Niveau des Rechnungsergebnisses 2018 vorgegeben. Darüber hinaus haben wir eine restriktive Stellenplanung verfolgt, mit den Schwerpunkten 'Soziales (BTHG)' und 'Digitalisierung'. Leider mussten auch hohe zusätzliche Belastungen im Haushalt aufgenommen werden, die so in den letzten Haushalten nicht absehbar waren. Z.B. die Sanierungskosten der Tiefgarage beim Gesundheitszentrum Backnang in Höhe von 4 Mio. Euro oder dem weiteren Ausbau des Rettungsdienstes in Höhe von 1 Mio. Euro/Jahr.

Übersicht über Aufwendungen

Ich möchte Ihnen nun die Eckpunkte des Haushaltsplanentwurfs vorstellen, Ihnen die wesentlichen Entwicklungen einzelner Ertrags- und Aufwandspositionen präsentieren und dazu ergänzende Ausführungen machen:

Beginnen möchte ich mit der Aufwandsseite – also was kosten uns unsere Leistungen.

Den größten Teil unserer Aufwendungen machen wiederum die Aufwendungen im Bereich 'Soziales und Jugend sowie der Besonderen Hilfen' inkl. der entsprechenden Personalaufwendungen mit 67 Prozent oder 339 Mio. Euro aus. Mit deutlichem Abstand folgen die weiteren Aufwendungen mit 14 Prozent (72,4 Mio. Euro). Hierin sind auch 12,8 Mio. Euro Zuweisungen an die Kliniken enthalten. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen liegen bei rd. 10 Prozent - der restliche Personalaufwand (ohne Soziales) schlägt mit rd. 9,5 Prozent zu buche.

Schauen wir uns nun die größten Kostenblöcke im Detail an:

Entwicklung Sozialhilfe

Der Gesamtzuschussbedarf im Bereich der Sozialhilfe fällt 2020 im Ansatz mit 123,3 Mio. Euro um 14,7 Mio. Euro (oder 13,5 Prozent) höher aus als das Rechnungsergebnis 2018. Gegenüber dem Finanzzwischenbericht 2019 beträgt die Steigerung 3,5 Mio. Euro (oder 2,9 Prozent). Dies resultiert im Wesentlichen daraus, dass in einigen Hilfearten ein Zuwachs an Fallzahlen sowie eine Steigerung der Kosten prognostiziert wird.

Entwicklung Jugendhilfe

Der Gesamtzuschussbedarf im Bereich der Jugendhilfe fällt 2020 im Ansatz mit 45,0 Mio. Euro um 7,7 Mio. Euro (oder 20,6 Prozent) höher aus als das Rechnungsergebnis 2018. Gegenüber dem Finanzzwischenbericht 2019 beträgt die Steigerung 2,6 Mio. Euro (oder 6,2 Prozent). Dies resultiert aus Steigerungen in den Bereichen 'Hilfe für junge Menschen und ihre Familien' und 'Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege'.

Entwicklung Personalaufwand

Für den Stellenplan 2020 haben wir Schwerpunkte im Bereich Soziales, Digitalisierung und Forst gesetzt. Mit dieser Schwerpunktsetzung und der von uns durchgeführten Aufgabenkritik schaffen wir im Haushaltsjahr 2020 weniger Stellen als wir streichen. Damit wird es im Ergebnis einen Stellenabbau von -19,62 VZÄ geben. Dieser Rückgang ist auf eine restriktive Personalpolitik, mit intensiven Bemühungen zur Optimierung von Arbeitsverteilungen sowie auf Veränderungen im Zuge der Forstreform zurückzuführen. Die Kreisverwaltung konnte damit dem in den vergangenen zwei Jahren verfolgten Ziel, Stellenmehrungen so gering wie möglich zu halten, trotz der Anforderungen im Bereich Soziales und Digitalisierung nachkommen.

Zum Planungszeitpunkt ist von Personalkosten in Höhe von 83 Mio. Euro auszugehen. Die Ungleichheit zwischen der sinkenden Stellenanzahl und dem steigenden Personalkostenansatz erklärt sich durch die voraussichtliche Tarifsteigerung von durchschnittlich 2,0 Prozent und der Tatsache, dass Stellen im unteren Entgeltbereich gestrichen, aber höher bewertete Stellen geschaffen werden. Dies ist für eine gute Aufgabenerledigung unabdingbar. Für das Jahr 2020 kommt es aber im Vergleich zur Hochrechnung 2019 zu einer Steigerung der Personalaufwendungen unterhalb der Tarifierhöhung.

Entwicklung Klinikzuweisungen

Die Zuweisung an die Rems-Murr-Kliniken sinkt 2020 gegenüber der Planung 2019 um 5,5 Mio. Euro auf 12,8 Mio. Euro. Die bauliche Weiterentwicklung der Rems-Murr-Kliniken ist in den Wirtschaftsplänen vollumfänglich abgebildet, allerdings trägt der Rems-Murr-Kreis als Alleingesellschafter letztlich verbleibende Risiken. Wie bereits bei meiner Einführung angedeutet, sind im Wirtschaftsplan der Kliniken bisher keine finanziellen Auswirkungen aus dem Pflegepersonal-

Stärkungsgesetz eingepreist. Dies kann eine Verschlechterung von bis zu max. 3,8 Mio. Euro für das Jahr 2020 bedeuten, welches wir über das Änderungsblatt derzeit minimieren können.

Entwicklung Eigenanteil ÖPNV

Der Eigenanteil am ÖPNV des Landkreises steigt von 26,1 Mio. Euro auf 28,5 Mio. Euro in 2020. Dies liegt vor allem daran, dass Tarifverluste sowie verbundbedingte Belastungen von den Landkreisen ausgeglichen werden. Es werden 2020 für diese Erstattungen für Linienverkehre 3,6 Mio. Euro (Netto) eingeplant. Am 1. April 2019 trat zudem die Tarifzonenreform im VVS-Gebiet in Kraft. Die daraus entstehenden Verluste sind dem VVS auszugleichen. Den Rems-Murr-Kreis kostet die Tarifzonenreform 4 - 5 Mio. Euro/Jahr bis 2024.

Übersicht über die Erträge

Kommen wir nun zur Ertragsseite – also wie werden die Leistungen finanziert. Die Kreisumlage ist mit einem Anteil von rd. 43 Prozent weiterhin die wichtigste Ertragsposition. Mit deutlichem Abstand folgen die Erträge Soziales mit rund 24,0 Prozent, die Zuweisungen, Gebühren und Bußgelder mit 12,1 Prozent, die Schlüsselzuweisungen mit 11,4 Prozent und die Grunderwerbssteuer mit 5,6 Prozent.

Auch hier möchte ich Ihnen die wichtigsten Ertragsarten detailliert erläutern:

Entwicklung der Schlüsselzuweisungen

Die Schlüsselzuweisungen unterliegen ständigen Schwankungen. Für 2020 wurde - gemäß dem bei der Erstellung vorliegenden Haushaltserlass 2019 unter Berücksichtigung der Maiteuerschätzung 2019 - ein Kopfbetrag von 720 Euro bei einer Ausschüttungsquote von 72 Prozent angenommen. Erfreulicherweise wurde nun durch den Entwurf des Haushaltserlasses 2020 – welcher leider erst am 9. Oktober einging – der Kopfbetrag auf 744 Euro erhöht, was in Summe eine Verbesserung zum Entwurfsplan von 8,4 Euro bedeutet. Hieraus resultiert ein Planansatz für 2020 in Höhe von 66,6 Mio. Euro. Gegenüber dem Ansatz aus 2019 bedeutet dies Mehrerträge von 0,9 Mio. Euro.

Entwicklung der Grunderwerbssteuer

Leider ist die Grunderwerbssteuer immer noch die einzige Steuer, an welcher der Landkreis direkt beteiligt ist. Wir erhalten vom Land wie im Vorjahr 38,85 Prozent des im Rems-Murr-Kreis anfallenden Grunderwerbssteueraufkommens. Aufgrund der guten Entwicklung der letzten Jahre haben wir im Haushalt 2020 eine weitere Steigerung von 2,5 Mio. Euro gegenüber dem Planansatz 2019 eingeplant, was aus Sicht der Hochrechnungen gemäß dem Finanzzwischenbericht 2019 zwar erreichbar scheint, die Entwicklungen in diesem Bereich in den letzten Jahren aber sehr extrem waren – und deshalb auch mit Risiken behaftet ist.

Finanzielle Rahmenbedingungen in den Kommunen

Die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte insgesamt hat sich – getragen durch den ungewöhnlich langen Konjunkturaufschwung – in den letzten Jahren deutlich entspannt beziehungsweise verbessert. Seit 2009, dem letzten Tiefpunkt nach der damaligen globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009, sind die Steuereinnahmen in Deutschland bis heute um 51 Prozent oder 270 Milliarden Euro gestiegen. Auch im Rems-Murr-Kreis ist diese Entwicklung deutlich zu spüren. Die Steuerkraftsummen sowie die Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden entwickeln sich weiterhin sehr gut.

Entwicklung der Steuerkraftsummen

Allerdings liegt die Steigerung der Steuerkraftsummen/Kopf im Rems-Murr-Kreis mit 6 Prozent leicht unter dem Landesdurchschnitt mit 7 Prozent, im Vergleich mit den anderen Landkreisen der Region Stuttgart entwickelt sich die Steuerkraftsumme/Kopf des Rems-Murr-Kreises im Durchschnitt.

Verteilung Steuerkraftsumme

Bei der Verteilung der Mehrerträge durch die gestiegenen Steuerkraftsummen ergeben sich mit 1/10 für den Landkreis und 9/10 für die Städte und Gemeinden im Landkreis eine deutliche Entlastung der kommunalen Haushalte – so 'kommunal-freundlich', wie selten.

Kreisumlage

Auf Grund der erfreulichen konjunkturellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie einer restriktiven Haushaltsplanung können wir Ihnen deshalb einen Kreisumlagehebesatz von 32,3

Punkten vorschlagen. Somit wäre es der niedrigste Kreisumlagehebesatz seit 23 Jahren. Bei der Gegenüberstellung, inwieweit die Nettosozialaufwendungen (abzüglich der Erträge) durch die Kreisumlage finanziert werden können, ergibt sich erstmals seit 2013, dass die Kreisumlage hierfür nicht ausreicht. Das Ganze mit dem Risiko behaftet, dass weitere Gesetzesänderungen 'Löcher' in den Kreishaushalt reißen können, wenn von Bund und Land Dinge beschlossen werden, die finanziellen Erstattungen bei uns aber nicht ankommen – wie wir am Beispiel 'BTHG' gerade schmerzlich erfahren. Gerade auch unter Berücksichtigung dessen halten wir den jetzt vorgeschlagenen Kreisumlagehebesatz von 32,3 Prozent für sehr ausgewogen und vertretbar.

Schwerpunkte Investitionen

Die Investitionen im Finanzhaushalt 2020 belaufen sich auf 26,2 Mio. Euro. Das sind rund 1,6 Mio. Euro mehr als 2019. Der wesentliche Anteil an den Investitionen hat die Fortführung der Gesamtimmobilienkonzeption am Standort Waiblingen mit 6,6 Mio. Euro im Jahr 2020. Für weitere Hochbaumaßnahmen (insbesondere im Schulbereich) sind weitere 4,0 Mio. Euro eingeplant. Die Auszahlungen bei den Baumaßnahmen für Straßen und Radwege 2020 betragen 6,0 Mio. Euro einschließlich der Mittel aus Vorjahren. Beim Erwerb von beweglichem und immateriellem Vermögen entfallen von den eingestellten 4,3 Mio. Euro rd. 1,9 Mio. Euro auf den Schulbereich.

In der Finanzplanung steigen die Investitionsausgaben – im Wesentlichen bedingt durch die Umsetzung der Gesamtimmobilienkonzeption am Standort Waiblingen. Hier ist mir wichtig zu erwähnen, dass derzeit die Maßnahmen nach der aktuellen Beschlusslage zeitlich eingeplant sind. Wir haben die Baumaßnahmen aber entsprechend der Steigerung über den Baupreisindex fortgeschrieben. Es gilt hier weiterhin ein 'fahren auf Sicht' – wir setzen das um, was wir uns finanziell leisten können und was auch wirtschaftlich darstellbar ist. Aber: Durch die Schuldenreduzierung der letzten Jahre sowie der Rücklagenbildung sind wir für die anstehenden Investitionen sehr gut aufgestellt.

Entwicklung Auszahlungen aus Investitionstätigkeit mit 'Nettoinvestitionsrate'

Durch eine mit 12,3 Mio. Euro eingeplante Nettoinvestitionsrate kann ein Teil der Investitionen über Eigenmittel finanziert werden. Das Delta zwischen Nettoinvestitionsrate und dem Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit muss dann über Rücklagenentnahmen oder Schuldenaufnahme gedeckt werden. Wie Sie der Grafik entnehmen können, war die Nettoinvestitionsrate der Jahre 2016 – 2018 höher als der Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit – für 2019 ist die

Prognose gemäß dem Finanzzwischenbericht, dass die Nettoinvestitionsrate beinahe ausreichen wird, um die Investitionen decken zu können – also auf die geplante Schuldenaufnahme 2019 fast vollständig verzichtet werden kann.

Schuldenabbaubeschluss

Gemäß dem Schuldenabbaubeschluss aus dem Jahr 2011 konnten die verbesserten Rechnungsergebnisse zur Schuldenreduzierung bzw. zur 'Nichtaufnahme von neuen Schulden' verwendet werden. In diesem Zeitraum konnten in Summe Verbindlichkeiten i.H.v. 65,5 Mio. Euro reduziert bzw. vermieden werden. Zum Jahresende 2019 wird der Schuldenstand des Rems-Murr-Kreises auf einen Tiefstand von rd. 30,6 Mio. Euro sinken. Zum Jahresende 2020 wird dieser rd. 36,6 Mio. Euro betragen – anstatt 102,1 Mio. Euro. Sie sehen, dieser Beschluss war wichtig und richtig – der Schuldenabbaubeschluss hat gewirkt! Allerdings war beim Beschluss nicht abzusehen, dass solch enorme Ergebnis-verbesserungen in den letzten Jahren auf Grund der sehr guten Konjunkturlage erzielbar waren.

Finanzierungsleitlinie

Im Interesse einer guten, transparenten und vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden war und ist es der Kreisverwaltung deshalb wichtig, dass nicht der Eindruck entsteht, dass gezielt eine zu hohe Kreisumlage erhoben wird, um über verbesserte Rechnungsergebnisse Schulden tilgen zu können.

Deswegen legen wir Ihnen heute auch eine Überarbeitung der Finanzierungsleitlinie vor. Ziel der Überarbeitung war eine ausgewogene Lösung zu finden, die einerseits die Haushaltskonsolidierung und die zukünftigen finanziellen Herausforderungen des Kreises abbildet, die aber auch einen fairen und transparenten Umgang mit verbesserten Rechnungsergebnissen gegenüber den Städten und Gemeinden als 'Kreisumlage-Zahler' darstellt.

Die Finanzierungsleitlinie besteht aus einem 3-Stufen-Modell:

1. Verbesserte Rechnungsergebnisse werden bis maximal zur Höhe der geplanten Kreditaufnahme, zur Schuldenvermeidung verwendet.
2. Darüber hinaus gehende Verbesserungen werden wie folgt verwendet:

- 2.1. 50 Prozent der weitergehenden Verbesserungen verringern die Kreisumlage in folgenden Haushaltsjahren
- 2.2. 20 Prozent dienen als Eigenfinanzierungsmittel und
- 2.3. 30 Prozent als Rücklage für zukünftige Klinikinvestitionen
3. Als dritte Stufe sieht die Finanzierungsleitlinie vor, dass die Schulden des Rems-Murr-Kreises in den kommenden 10 Jahren, d.h. bis zum Jahr 2029 nicht dauerhaft über 130 Millionen Euro im Kernhaushalt liegen sollten.

Rötestraße

Zum Abschluss möchte ich noch kurz auf die Vorlage zur Finanzierung der Rötestraße eingehen, da diese im unmittelbaren Zusammenhang mit der Einbringung des Haushaltes, der Finanzierungsleitlinie sowie der Schuldenentwicklung steht. Im Rahmen der Gesamtimmobilienkonzeption Waiblingen ist bisher vorgesehen, die Finanzierung und Errichtung des Verwaltungsgebäudes Rötestraße in Waiblingen über die Kreisbaugesellschaft abzuwickeln. Nach Fertigstellung des Gebäudes sollte dieses vom Rems-Murr-Kreis angemietet werden und nach einer gewissen Nutzungsdauer an den Kreis übergehen.

Für den Neubau des Verwaltungsgebäudes besteht bei der KfW die Möglichkeit ein sehr zinsgünstiges Darlehen im Rahmen des Programms 'Energieeffizient Bauen und Sanieren' (Zinssatz derzeit 0,01 Prozent bei einer Zinsbindung von 10 Jahren) sowie ein Förderdarlehen der L-Bank (Zinssatz derzeit 0,00 Prozent bei einer Zinsbindung von 10 Jahren) zu erhalten. Diese können jedoch nur als Direktkredit von kommunalen Gebietskörperschaften und Zweckverbänden beantragt werden. Somit ist eine Antragstellung durch den Rems-Murr-Kreis erforderlich. Die Auszahlung kann nur an den Landkreis erfolgen. Wir schlagen Ihnen deshalb vor, die Maßnahme Rötestraße direkt im Kernhaushalt des Landkreises zu finanzieren. Wenn sie dem Vorschlag zustimmen, werden sowohl die notwendigen Auszahlungsmittel wie auch die daraus resultierende Kreditaufnahme über das Änderungsblatt in den Haushalt aufgenommen – dafür entfallen dann künftig die laufenden Mietkosten, stattdessen sind nur marginale Zinszahlungen und Tilgung sowie der Erbbauzins für das Grundstück vom Kreishaushalt zu finanzieren. Sollte dies Ihre Zustimmung finden, würde sich der Schuldenstand um weitere rd. 21 Mio. EUR erhöhen. Damit aber die finanziellen Risiken für den Landkreis aber beherrschbar bleiben, schlagen wir Ihnen weiter vor, dass die Rücklagen in Höhe von rd.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 21.10.2019

Seite 23

Öffentlich

16 Mio. Euro aufgelöst und zur Finanzierung der anderen Investitionen herangezogen werden können.

Fazit

Zusammenfassend möchte ich festhalten: Die Rahmenbedingungen sind erfreulich: Bei den Rems-Murr-Kommunen steigt die Steuerkraftsumme um 38,0 Mio. Euro oder um 6,1 Prozent. Das Klinikdefizit geht leicht zurück. Der Personalaufwand steigt zwar an, bleibt dabei aber unter der Tarifsteigerung. Die Sozial- und Jugendaufwendungen steigen leider weiter an und die Abrechnung der Kosten der Flüchtlingsunterbringung für 2020 bleibt risikobehaftet. Die Verwaltung schlägt einen Kreisumlagehebesatz von 32,3 Prozent vor. Dies sind 1,7 Hebesatzpunkte weniger als im Vorjahr. Dies entspricht einem Verhältnis von 1/10 Landkreis zu 9/10 Städte und Gemeinden. Die Verwaltung schlägt weiter vor, das Investitionsprogramm mit den Schwerpunkten Immobilienkonzeption, Kreisstraßen und Radwege sowie Sozialer Wohnungsbau weiterzuführen. Auf Ende 2020 ist eine Gesamtverschuldung im Kernhaushalt von 36,6 Mio. Euro eingeplant. Durch bisherige Schuldenreduzierung und Rücklagenbildung ist der Kreis auf anstehende Investitionen sehr gut vorbereitet. Weiter schlägt die Verwaltung vor, die Rötestraße im Kernhaushalt zu finanzieren, und die Rücklagen zur Finanzierung der anderen Investitionen aufzulösen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich für Ihre Geduld und Aufmerksamkeit. Bedanken möchte ich mich an dieser Stelle aber bei Ihnen, Herr Landrat Dr. Sigel für Ihre Unterstützung in den letzten Wochen und Monaten, was die Einarbeitung in die vielen neuen Themen sehr erleichtert hat. Ich möchte mich aber auch ganz besonders bei den Mitarbeitenden in der Kämmerei, stellvertretend bei Frau Kugler, für die gute Arbeit und Unterstützung bei der Erstellung des Haushaltsentwurfes bedanken – es ist nämlich nicht immer ganz einfach, sich auf einen neuen Chef einzustellen – das hat aber super funktioniert. Ich danke auch den anderen Dezernenten/in sowie allen Kolleginnen und Kollegen in den Fachämtern, die ebenfalls mitgewirkt haben. Und nun freue mich auf spannende und konstruktive Haushaltsberatungen! Vielen Dank!“

Der Kreistag nimmt den Entwurf des Haushaltsplans 2020 zur weiteren Beratung entgegen.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 21.10.2019

Seite 24

Öffentlich

Auszüge:

1 Dezernat 1 - 5

3 Amt für Finanzen

1 Stabsstellen 0.0001 – 0.0006

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 21.10.2019

Seite 25

Öffentlich

§ 2

Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sowie Umwidmung von Mitteln

Drucksache 2019/026/1

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Den unter Abschnitt 1 aufgeführten überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen wird zugestimmt.

Umwidmung von 533.700 Euro aus der Zuweisung für Instandhaltungsmaßnahmen bei der Klinik in Winnenden, für die Fehlbetragsabdeckung 2018 und für Zinsaufwendungen zum laufenden Zuschuss an die Rems-Murr-Kliniken gGmbH wird zugestimmt.

Auszüge:

1 Amt für Finanzen

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 21.10.2019

Seite 26

Öffentlich

§ 3

Erteilung von Weisung an den Landrat für die Gesellschafterversammlungen der Rems-Murr-Kliniken gGmbH und der Unternehmen der Kreisbaugruppe zur Wahl sachverständiger Dritter in den jeweiligen Aufsichtsrat
Drucksache 2019/118/2

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Der Kreistag beschließt einstimmig den modifizierten Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die nachstehenden Weisungen zur Wahl der externen sachverständigen Aufsichtsratsmitglieder, nach denen sich der Vertreter des Rems-Murr-Kreises in den jeweiligen Gesellschafterversammlungen der Rems-Murr-Kliniken gGmbH, der Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH, der RMIM, der Rems-Murr-Kreis-Immobilien-Management GmbH, sowie der der RMGV, Rems-Murr-Gesundheits-Verwaltungs GmbH zu richten hat. Abweichend von Drucksache 2019/118/2 ist im Gesellschaftsvertrag keine Stellvertretung für die Städte und Gemeinden vorgesehen. Im Übrigen werden mit den jeweiligen Wahlen, die Aufsichtsräte neu gebildet.

Auszüge:

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

1 Rems-Murr-Kliniken

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 21.10.2019

Seite 27

Öffentlich

§ 4

Erteilung von Weisungen an den Vertreter des Rems-Murr-Kreises für die Gesellschafterversammlung der Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH bezüglich der Umnutzung von Gebäuden
Drucksache 2019/148

Landrat Dr. Sigel antwortet auf Frage von Kreisrätin Fazio, im vorliegenden Fall gehe es um das Mietverhältnis zwischen Kreisbaugruppe-Landkreis-Land. Bei den Einzelmieten werde eine Mietgebühr mit den Städten und Gemeinden festgelegt, in die z.B. auch Verwaltungskosten eingerechnet werden müssten. Man habe auch versucht, die Mieten mit dem Jobcenter anzupassen, sodass es zuletzt keine Beschwerden darüber gegeben habe, dass diese zu hoch seien. Falls es einen konkreten Fall gäbe, bitte er Frau Fazio, auf ihn zuzukommen.

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Kreistag ermächtigt den Vertreter des Rems-Murr-Kreises in der Gesellschafterversammlung der Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH und gegenüber der Geschäftsführung zu allen Erklärungen und Maßnahmen, um die Mietverträge zwischen dem Rems-Murr-Kreis und der Kreisbaugruppe für die Objekte in Weissach im Tal, Welzheimer Straße 41, Althütte, Daimlerstraße 53 und Winnenden, Friedrich-Jakob-Heim-Straße 1 – 11 entsprechend der Vorgaben des Regierungspräsidiums zur Spitzabrechnung anzupassen und für die Objekte in Althütte und Weissach im Tal entsprechend rückabzuwickeln.

Auszüge:

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

1 Kreisbaugesellschaft

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 21.10.2019

Seite 28

Öffentlich

§ 5

Erteilung von Weisung an den Vertreter des Rems-Murr-Kreises für die Gesellschafterversammlung der Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH bezüglich Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag zwischen der Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH und der RMIM, Rems-Murr-Kreis-Immobilien-Management GmbH
Drucksache 2019/163

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Kreistag beschließt die nachstehenden Weisungen nach denen sich der Vertreter des Rems-Murr-Kreises in der Gesellschafterversammlung der Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH zu richten hat. Der Vertreter des Rems-Murr-Kreises wird ermächtigt, alle Erklärungen abzugeben und Maßnahmen vorzunehmen zur Änderungen des Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags zwischen der Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH und der RMIM, Rems-Murr-Kreis-Immobilien-Management GmbH.

Beschlussfassungen:

1. Der zwischen der Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH und der RMIM, Rems-Murr-Kreis-Immobilien-Management GmbH geschlossene Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag wird gemäß der in der Vorlage aufgezeigten Synopse geändert.
2. Die Geschäftsführung der Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH wird angewiesen, eine wie Ziffer 1 gleichlautende Beschlussfassung in der Gesellschafterversammlung der RMIM, Rems-Murr-Kreis-Immobilien-Management GmbH bis spätestens 31. Dezember 2019 herbeizuführen.

Auszüge:

- 1 Amt für Beteiligungen und Immobilien
- 1 Kreisbaugesellschaft

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 21.10.2019

Seite 29

Öffentlich

§ 6

Änderungen in der Besetzung des Verwaltungsrates der Kreissparkasse Waiblingen und des Jugendhilfeausschusses

Drucksache 2019/149

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegend Drucksache.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

1. Der Kreistag bestellt Herrn Heinz Franke als Stellvertretendes Mitglied von außerhalb des Kreistags für den Verwaltungsrat der Kreissparkasse Waiblingen, als Nachfolger von Herrn Rudi Oetinger.
2. Der Jugendhilfeausschuss wird mit Frau Dekanin Dr. Juliane Baur als stellvertretendes beratendes Mitglied (Stellvertretung für Herrn Pfarrer Reimar Krauß) neu gebildet.

Auszüge:

1 Kreistagsgeschäftsstelle

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 21.10.2019

Seite 30

Öffentlich

§ 7

Antrag der AfD-Fraktion auf Änderung des Namens der Fachstelle für Demokratieförderung und
Rechtsextremismusprävention

Drucksache 2019/125/1

Auf die Erklärungen zur Geschäftsordnung vor Eintritt in die Tagesordnung bezüglich der Absetzung des TOP wird verwiesen.

Der Antrag wurde von der AfD-Fraktion zurückgenommen.

§ 8VerschiedenesDrucksache

Kreisrat Scheurer spricht die Situation auf der Remsbahn wegen Störungen und Zugausfällen an, die sich seit der Übernahme durch den neuen Betreiber Go-Ahead stark verschlechtert habe. Er bitte hier um Unterstützung durch die Landkreisverwaltung.

Landrat Dr. Sigel sagt zu, dass man in der Thematik nochmals aktiv werde. Er werde diese in der nächsten Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 04.11.2019 auf die Tagesordnung nehmen. Auch das Thema Schülerverkehr zur Waldorfschule auf dem Engelberg aus Richtung Winnenden werde behandelt, aufgrund der heutigen Demonstration von Schülern und Eltern im Vorfeld der Sitzung.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 21.10.2019

Seite 32

Öffentlich

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Thomas Hasert